



Niederschrift

37. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 13.10.2010
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:10 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Raum 280 a

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Herr Mike Schubert	SPD	ab 17:15 Uhr
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE
Herr Klaus Rietz	ANW
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Björn Teuteberg	FDP

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Hannelore Knoblich	SPD	nicht entschuldigt
Herr Peter Lehmann	CDU	entschuldigt
Herr Michael Schröder	CDU	entschuldigt
Herr Nils Naber	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	entschuldigt

Gäste:

Frau Krusemark, für den GB 1
Frau Dr. Magdowski, GB 2
meistersFrau E. Müller, GB 3
Herr Klipp, GB 4

Frau Meder, Bereich Finanzen und Berichtswesen
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürger-

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

(weitere Gäste siehe Gästeliste)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29. September 2010

- 3 Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts
Vorlage: 09/SVV/0536
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

- 4 Erweiterung Demographie-Check
Vorlage: 09/SVV/0760
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 5 Barrierefreie Kommunikation fördern
Vorlage: 10/SVV/0444
Fraktion FDP

- 6 Übertragung Teehaus an die russisch-orthodoxe Gemeinde
Vorlage: 10/SVV/0538
Fraktion DIE LINKE

- 7 Rekommunalisierung städtischer Betriebe
Vorlage: 10/SVV/0644
Gruppe Die Andere

- 8 Berufung eines neuen Naturschutzbeirates, hier Abberufung und Neubesetzung eines Mitglieds
Vorlage: 10/SVV/0802
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

- 9 Mitteilungen der Verwaltung

- 9.1 14. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0582
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

- 9.2 Investitionsplanung der EWP Sparte Wasser für das Jahr 2010
Vorlage: 10/SVV/0742
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 9.3 WagenHausBurg - Vorschlag zum weiteren Verfahren und Konditionen

- 9.4 Information zur Rampe am Klinikum

Protokoll:**Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29. September 2010

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 10 Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, folgende Punkte zurückzustellen

- TOP 3, Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts
Vorlage: 09/SVV/0536 – da hier kein Vertreter der antragstellenden Gruppe anwesend ist
- TOP 5, Barrierefreie Kommunikation fördern
Vorlage: 10/SVV/0444 – hier bittet die antragstellende Fraktion FDP um Zurückstellung, da dieser Antrag überarbeitet werden soll.
- TOP 6 - Übertragung Teehaus an die russisch-orthodoxe Gemeinde
Vorlage: 10/SVV/0538 – hier fehlt das Votum des Ausschusses für Kultur
- TOP 7 - Rekommunalisierung städtischer Betriebe
Vorlage: 10/SVV/0644 - da hier kein Vertreter der antragstellenden Gruppe anwesend ist

In Erweiterung der Tagesordnung solle unter „Mitteilungen der Verwaltung“ ein Punkt zur Biosphäre (Sachstand und Verfahrensvorschlag) aufgenommen werden.

Im Weiteren, so der Oberbürgermeister, beantrage die Fraktion DIE LINKE das Rederecht für Frau Chica Schmidt bzw. für Frau Franziska Pfeiffer als Vertreterinnen der WagenHausBurg-BewohnerInnen, wogegen sich kein Widerspruch erhebt.

Der Oberbürgermeister stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung; diese wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 36. Sitzung des Hauptausschusses vom 29. September 2010 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 6 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltung bestätigt.

zu 3 Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts
Vorlage: 09/SVV/0536

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

Die Vorlage wurde **zurückgestellt**, da kein Vertreter der antragstellenden Gruppe anwesend ist.

zu 4 Erweiterung Demographie-Check
Vorlage: 09/SVV/0760

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau E. Müller führt dazu aus, dass der Demographie-Check vor einem Jahr mit der Maßgabe eingeführt wurde, ihn zu evaluieren. Diese Evaluation beginne jetzt, so dass sie vorschläge, den Antrag bis zum Vorliegen der Ergebnisse **zurückzustellen** und dann gemeinsam mit dem Antrag zu diskutieren. Auf Nachfrage von Frau Dr. Müller, wann mit der Vorlage der Ergebnisse zu rechnen sei, antwortet Frau E. Müller, dass sie die Sitzung des Hauptausschusses am 19. Januar vorschläge. Daraufhin verweist Frau Dr. Müller auf die Hauptausschusssitzung am 30. September 2009, in der zur diesem Antrag seitens der Verwaltung eine Auswertung für die erste Sitzung der StVV nach der Sommerpause 2010 in Aussicht gestellt wurde. Sie habe den Eindruck, dass Terminstellungen der Verwaltung „ein flexibles“ Geschäft seien. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass der Wechsel von Frau Trauth-Koschnik in die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten eine Nachbesetzung der Stelle des Sozialplaners erforderte und dieser sich jetzt in die Vorgänge einarbeiten müsse. Dieser Wechsel sei allgemein bekannt und somit die Zeitverzögerung erklärlich.

Gegen die Zurückstellung erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5 Barrierefreie Kommunikation fördern
Vorlage: 10/SVV/0444

Fraktion FDP

Der Antrag wurde **zurückgestellt**, da dieser überarbeitet werden soll.

zu 6 Übertragung Teehaus an die russisch-orthodoxe Gemeinde
Vorlage: 10/SVV/0538

Fraktion DIE LINKE

Der Antrag wurde **zurückgestellt**, da das Votum des Ausschusses für Kultur fehlt.

zu 7 Rekommunalisierung städtischer Betriebe
Vorlage: 10/SVV/0644

Gruppe Die Andere

Die Vorlage wurde **zurückgestellt**, da kein Vertreter der antragstellenden Gruppe anwesend ist.

zu 8 Berufung eines neuen Naturschutzbeirates, hier Abberufung und Neubesetzung eines Mitglieds
Vorlage: 10/SVV/0802

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau E. Müller bringt die Vorlage ein und begründet die Fachkompetenz des neu vorgeschlagenen Mitglieds Herrn Torsten Lipp und seine beruflichen Hintergründe. Auf die Nachfrage von Frau Hüneke, wie sich der Naturschutzbeirat zusammensetzt und wie sich die jeweiligen Fachkompetenzen auf die Mitglieder verteilen, entgegnet Frau E. Müller, dass sie das im Einzelnen jetzt nicht ausführen könne und schlägt vor, die erbetenen Informationen der Niederschrift als Anlage beizufügen.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Mitglied des Naturschutzbeirats,

Herrn Dr. Matthias Kühling auf seinen Wunsch hin von seiner Tätigkeit im Beirat zu entbinden

und als neues Mitglied

Herrn Dr. Torsten Lipp für die verbleibende Amtsperiode zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 0

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

zu 9.1 14. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 10/SVV/0582

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Frau Dr. Müller verweist auf den letzten Absatz der Mitteilungsvorlage, in dem ein gesonderter hausinterner Bericht für die Fraktionen avisiert wird und fragt, wann dieser ausgereicht wird. Frau Meder erläutert, dass es sich hier um einen Band 1 und einen Band 2 handele. Sobald Band 1 – nämlich der jetzt vorliegende Beteiligungsbericht - in den Gremien abschließend beraten ist, wird der Band 2 ausgereicht – also in den nächsten Tagen. Herr Teuteberg stellt fest, dass es sich hier um den Beteiligungsbericht des Jahres 2008 handelt und fragt, ob es Möglichkeiten gebe, die Berichte der Vorjahre zeitnaher vorzulegen. Frau Meder betont, dass dieser jetzt entstandene Zeitverzug eine Ausnahme sei; normalerweise werde der Beteiligungsbericht im 2. Halbjahr des Folgejahres erstellt. Diese Verzögerung habe sich aufgrund personeller Probleme und struktureller Veränderungen ergeben, die man versuche, wieder aufzuholen.

Der Beteiligungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Investitionsplanung der EWP Sparte Wasser für das Jahr 2010

Vorlage: 10/SVV/0742

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Frau Hüneke merkt dazu an, dass es sich bei den in der Anlage der Mitteilungsvorlage Punkt 11.1 aufgeführten Projekten u. a. um solche handele, die die Landeshauptstadt Potsdam veranlasst habe. Einige von denen, so Frau Hüneke, wie

die Straße am Neuen Garten, hätten doch schon längst besprochen werden müssen. Herr Klipp entgegnet, dass diese Maßnahmen in 2011 beginnen und es sich hier um Vorplanungskosten handele. Daran anschließend betont Frau Dr. Schröter, dass das Gros der aufgeführten Maßnahmen bereits abgearbeitet sein müsste und eine Vorschau auf das Jahr 2011 sehr schön wäre. Dem schließt sich Frau B. Müller an, zumal das Budget bereits am 23.11.2010 bestätigt wurde. Im Ergebnis wird die nächste Mitteilungsvorlage für das I. Quartal 2011 zugesichert.

zu 9.3 WagenHausBurg - Vorschlag zum weiteren Verfahren und Konditionen

Eingangs wird seitens der Vertreter der WagenHausBurg das Rederecht wahrgenommen, ein Resümee der bisherigen Gespräche und Angebote gezogen sowie unterstrichen, dass jetzt ein politischer Schritt für eine individuelle Lösung unter Berücksichtigung der besonderen Umstände erwartet werde.

Anschließend verweist Herr Klipp auf seine Berichterstattung in der letzten Sitzung des Hauptausschusses über die Gesprächsergebnisse vom 23.09.2010. Daraus seien zwei Punkte seitens der Bewohner und Bewohnerinnen zu prüfen: Das sei erstens, ob am jetzigen Standort Wagen umgesetzt werden können, so dass diese nicht mehr im Außenbereich stehen. Darauf habe es keine offizielle Rückmeldung gegeben. Und zweitens wurden die Bewohner und Bewohnerinnen aufgefordert, einvernehmliche Lösungen für eine Umsiedlung an einen Alternativstandort offen zu prüfen. Auch hier habe es keine offizielle Rückmeldung gegeben, wobei die erste Option erst einmal geprüft werden sollte.

Frau Hüneke merkt dazu an, dass Herr Schüler das Problem Innen- und Außenbereich baurechtlich geprüft habe und mittlerweile ein Vorschlag gemacht worden sei, um dieses Problem zu lösen und an dem jetzigen Ort zu verbleiben. Diesen Vorschlag habe sie eben den Vertretern und Vertreterinnen der WagenHausBurg übergeben.

Seitens der Vertreter und Vertreterinnen der WagenHausBurg wird auf eine Mail an die Verwaltung verwiesen (Frau Möllendorf) in der bestätigt wurde, dass man sich das Umstellen der Wagen vorstellen könne.

Frau Dr. Müller betont, dass sich der Hauptausschuss darauf einigen solle, die WagenHausBurg an dem jetzigen Standort zu belassen, denn die Prüfung von Alternativen lasse immer noch anklingen, dass das doch nicht so gewollt sei.

Der Oberbürgermeister unterstreicht, dass die Beibehaltung des Standortes der primäre Ansatzpunkt sei und man gucken müsse, was bei den weiteren Gesprächen und Prüfungen herauskomme. Deshalb solle in 4 Wochen im Hauptausschuss über die Ergebnisse berichtet werden.

zu 9.4 Information zur Rampe am Klinikum

Frau E. Müller führt aus, dass Herr Uebe, der für Bautechnik und Bauplanung beauftragte Mitarbeiter des Klinikums, anwesend ist, um evtl. Rückfragen beantworten zu können. Im Weiteren erläutert sie das Vorhaben der Neugestaltung des Haupteingangs und betont, dass die ehemalige Rampe eher eine Schräge für Rettungskräfte gewesen sei, die den Anforderungen an einen behindertengerechten Zugang auf Grund des Neigungswinkels nicht erfüllt und man sich deshalb für einen Aufzug entschieden habe. Sie widerspricht den Annahmen, dass diese

Rampe wegen der Höhe der Baukosten nicht beibehalten wurde. Nicht die Baukosten seien der Grund, sondern die Länge der Rampe von 40 Metern. In die Planungen und Abstimmungen seien alle Partner umfassend mit einbezogen und dies alles im Ausschuss für Gesundheit und Soziales ausführlich dargestellt worden.

Herr Schmarje, Vorsitzender des Behindertenbeirates, betont, dass er sich diesen Ausführungen nur anschließen könne und der behindertengerechte Zugang über zwei Fahrstühle am Haupteingang möglich sei sowie darüber hinaus eine Rampe und ein Fahrstuhl im Bereich der Kinderklinik zur Verfügung stehe. Alle Absprachen usw. seien entsprechend protokolliert.

Herr Häschel, Behindertenbeauftragter der Stadt, führt aus, dass ihn die ganze Diskussion irritiere, weil ein sehr großer Kreis in die Diskussion einbezogen wurde. Er betont, dass Absprachen einen Grad der Verbindlichkeit haben müssen, um die nötige Planungssicherheit herzustellen.

Frau Dr. Müller betont, dass die Einbeziehung aller Betroffenen sehr schön sei. Die Irritationen seien durch eine Information ausgelöst worden, die da lautete, das Krankenhaus habe keine Rampe mehr, und durch die mangelnde Kommunikation der bereits vorhandenen Lösungen. Keiner habe den notwendigen Draht gefunden, um die Missverständnisse auszuräumen.

neu Biosphäre Potsdam

Der Oberbürgermeister informiert, dass für ein diesbezügliches Ausschreibungsverfahren seitens der Verwaltung nunmehr zwei neue Initiativangebote zusätzlicher Interessenten in unterschiedlichen Detaillierungsgraden vorliegen. Unter anderem deshalb sei es angeraten, das Verfahren aufzuheben und neu zu starten, um diese beiden Bewerber mit einbeziehen zu können, weil das derzeitige Vergabeverfahren bislang zu keiner wirtschaftlichen Lösung geführt hat. Das wiederum setze jedoch das Einverständnis der Stadtverordneten voraus. Ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sei nicht zwingend erforderlich - dies sei es nur dann, wenn dem hier dargelegten Verfahren widersprochen werde.

Auf die Nachfrage von Frau B. Müller, ob eine derartige Zustimmung unter dem Punkt „Sonstiges“ abgehandelt werden könne, entgegnet der Oberbürgermeister, dass hierfür der Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ gewählt und die Rechtmäßigkeit des Verfahrens geprüft wurde. Frau Dr. Schröter betont, dass schon mehr Informationen benötigt würden, welche Kriterien und welche Aussagen der Bewerber hier von entscheidender Bedeutung seien und fragt nach den Gründen der beiden Anbieter, sich erst jetzt in das Verfahren einbringen zu wollen.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass das Ausschreibungsverfahren weit gediehen sei. Die Aufhebung des Verfahrens lasse nach erster Einschätzung realistisch erwarten, dass diese Angebote die Haushaltsbelastung dauerhaft reduzieren können. Ziel des ursprünglichen Vergabeverfahrens sei es gewesen, „die Einrichtung langfristig auf eine wirtschaftliche Basis zu stellen“, was mit den bisherigen Angeboten nicht erreicht werde. Die neuen Bewerber hätten sich mit der Verwaltung auf eigene Initiative in Verbindung gesetzt und von dem schon laufenden Verfahren keine Kenntnis gehabt.

Auf die Nachfrage von Frau B. Müller, ob die Ausschreibungsbedingungen gleich bleiben, entgegnet er, dass beabsichtigt sei, die neuen Angebote auf der Grundlage des ursprünglichen Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahre 2007 zum Wettbewerb zuzulassen. Auf die Nachfrage von Herrn Dr.

Wegewitz, welcher Zeitverzug sich daraus ergebe, führt Herr Weise aus, dass formal ein neues europaweites Vergabeverfahren einzuleiten sei, welches dieses Vorgehen ermögliche und einen gleichberechtigten sowie transparenten Vergleich aller denkbaren Lösungen zulasse. Er sehe eine Chance, dies bis zum Frühjahr 2011 zu schaffen, wenn es bei den jetzt bekannten Initiativen bleibe. Sollten es mehr werden, käme es auf die Anzahl und die Inhalte der Angebote an.

Frau Hüneke führt im Weiteren aus, dass sich ihrerseits kein Einwand gegen das Verfahren erhebe, da die vorgegebenen Inhalte bleiben und sich das Spektrum möglicherweise qualitativ erweitere. Herr Teuteberg betont ebenfalls, dass dem Vorschlag nicht zu widersprechen sei. Allerdings solle zukünftig darauf geachtet werden, dass das Verfahren keine Schule mache und Bewerber davon ausgehen können, ihre Angebote unter der Erwartung, ein Verfahren anzuhalten, später abgeben.

Der Oberbürgermeister stimmt den Ausführungen zu und verweist darauf, dass der Vorschlag zum weiteren Verfahren auf einer juristischen Expertise beruhe, sonst hätte er diesen nicht unterbreitet.

Auf die Bitte von Frau B. Müller sagt er zu, die entsprechenden Unterlagen den Fraktionen und Gruppen zur Verfügung zu stellen, allerdings mit der notwendigen Anonymisierung.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass es keinen Widerspruch gegen das als juristisch unbedenklich eingestufte vorgeschlagene Verfahren gebe, ohne weiteren Beschluss der Stadtverordnetenversammlung das derzeitige Vergabeverfahren aufzuheben und neu zu starten.

zu 10 **Sonstiges**

Der Oberbürgermeister informiert über den **Bombenfund** in der Nuthe und die beabsichtigte Sprengung dieser am nächsten Tag. Das habe umfassende Verkehrseinschränkungen durch die Sperrung der Langen Brücke zur Folge, ebenso wie die Räumung von Wohnungen, Kitas und Schulen im Sperrkreis. Er erläutert die Notwendigkeit der Sprengung und die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen.

Frau Dr. Müller nimmt Bezug auf das Schreiben des Oberbürgermeisters, welches der Einladung zur Hauptausschusssitzung beigefügt wurde, in dem mitgeteilt wird, dass die **gemeinsame Sitzung mit dem Präsidium des Landtags** am 13.10.2010 ausfällt. Sie fragt, für welchen Termin die Sitzung nun anberaumt wird und wer hier Terminprobleme gehabt habe.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Sitzung nunmehr im November stattfinden solle. Hintergrund der Terminverschiebung sei, dass sowohl das Präsidium des Landtags, das Finanzministerium als auch die BAM koordiniert werden müssten, was für den 13. Oktober nicht gelungen sei.